



BürgervereinPulheim
Freie und unabhängige Wählergemeinschaft

Stellungnahme der Fraktion Bürgerverein Pulheim zum Haushalt 2019/2020 der Stadt Pulheim

Vorgetragen von der Fraktionsvorsitzenden Birgit Liste-Partsch

18.12.2018

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung,

„Es klingelt in der Kasse!“, so könnte man den nun zu beschließenden Doppelhaushalt überschreiben. Den hohen prognostizierten Einnahmen stehen immense Ausgaben gegenüber und dennoch bleibt am Ende eine schwarze Null. Das ist aber auch so ziemlich das Einzige, was wir der Farbe „**Schwarz**“ abgewinnen können. Soweit so gut, aber ist wirklich alles gut in unserer Stadt? Um dies zu überprüfen, wollen wir einige Dinge in die Waagschale werfen. Goldmünzen haben wir mitgebracht, allerdings aus Schokolade – die beruhigt vielleicht am Ende meiner Rede so manches Gemüt.

Beginnen möchte ich die diesjährige Haushaltsrede mit einem Dank bei all den Pulheimer Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrem freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz in vielen Bereichen in unserer Stadt tätig sind. Oftmals schließen sie eine Lücke, die der Bund, das Land und auch unsere Kommune in der täglichen Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft offen gelassen haben. Ein großer Erfolg unserer politischen Arbeit ist, dass in diesem Jahr endlich die Einführung der Ehrenamtskarte in Pulheim beschlossen wurde. Aber auch hier, wie in so vielen anderen Fällen, wollte man das Thema erst einmal aussitzen. So wurde unser ursprünglicher Antrag vom April 2017 mehrmals vertagt und das schwarz-grüne Mehrheitsbündnis sprach sich ursprünglich gegen die Ehrenamtskarte aus – nur zu Erinnerung an die Grünen, falls Sie, Herr Roth, sich erneut nicht daran erinnern wollen. In der Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von April diesen Jahres steht es schwarz auf weiß: „...**Fraktionsvorsitzender Roth (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich gegen die Einführung der Ehrenamtskarte aus....**“

Wir freuen uns, dass der Rat nun doch einstimmig dem Ansinnen unseres Antrags gefolgt ist und der Bürgermeister ebenfalls unseren Antrag unterstützt hat.

Denn für die wertvolle und eigentlich unbezahlbare Arbeit der Ehrenamtler bedeutet die Ehrenamtskarte zumindest eine kleine Geste der Wertschätzung, die man gar nicht mit genug Goldtalern aufwiegen kann.

Doch blicken wir einmal auf die Haushaltszahlen. Vorab, diese sind nicht durch gutes Wirtschaften, sondern überwiegend durch die Pulheimer Beschäftigten und Unternehmer erzielt worden, denen man zusätzlich durch Steuererhöhungen noch kräftig in die Tasche gegriffen hat.

Wurden bei dem abgelaufenen Doppelhaushalt 2017/2018 von der Kämmerei noch finanzielle Horrorszenarien aufgestellt und damit satte Steuererhöhungen für die Bürger unserer Stadt begründet, so löste sich im Jahr 2017 alles in Wohlgefallen auf. Denn statt des prognostizierten Defizits von rund 10 Millionen Euro, fand sich am Ende des Jahres ein sattes Plus von 13,8 Millionen Euro. Und auch für das Jahr 2018 waren 2,3 Millionen Minus kalkuliert – man endet vermutlich mit einem positiven Ergebnis von knapp 13 Millionen Euro. Gerechnet auf die letzten beiden Jahre hat der Kämmerer sich also um über 30 Millionen Euro verkalkuliert. Da kann man sich schon einmal verwundert die Augen reiben. Mit diesen 30 Millionen hätte man übrigens schon fast die Machbarkeitsstudien an unseren Schulen umsetzen können.

Für uns sind Steuererhöhungen nur das allerletzte Mittel, um einen Haushalt zu retten. Unser Antrag, die Steuern daher wieder auf den alten Stand zu senken, wurde von schwarz-grün, getreu dem Motto: „**Was man hat, das hat man!**“, abgelehnt.

Und wenn nun von der Verwaltung vollmundig angepriesen wird, dass man die Steuerlast im Wahljahr 2020 jeweils um 10 Punkte senken will, so gehört für uns zur Ehrlichkeit dazu, den Steuerzahlern auch zu sagen, um wie viele Punkte die Steuern 2017 heraufgesetzt wurden. Die Grundsteuer A (Landwirte) wurde um 100 Punkte (von 200 auf 300), die Grundsteuer B um 145 Punkte (von 420 auf 565) und die Gewerbesteuer um 55 Punkte (430 auf 485) erhöht.

Da mag jeder für sich in die Waagschale legen, ob diese „Steuerentlastung“ ehrlich gemeint, oder ob diese Kosmetik nur dem Wahljahr geschuldet ist.

Auch die Elternbeiträge für die Kitas und die OGS wurden 2017 deutlich erhöht. Wir haben dies abgelehnt. Es kann in unseren Augen nicht sein, dass bei den Kleinsten permanent an der Beitragsschraube gedreht wird und die Kosten wieder die Menschen tragen müssen, die sowohl Kinder und Beruf unter einen Hut bringen möchten sowie zudem mit ihren Steuern dem Wohle der Stadt dienen. Diese Taler wären besser bei den Familien geblieben, als im schwarz-grünen Stadtsäckel zu landen.

Immerhin – für die Kleinen wird ja was getan! Die Aquarena bekommt für 427.000 € einen Anbau für ein Kinder- und Babybecken.

Meine Damen und Herren, hätte man das nicht schon bei der Planung des neuen Bades berücksichtigen können?

Positiv zu bewerten ist, dass im Haushalt aufgrund unseres Antrags die nötigen Mittel für eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Aquarena eingestellt werden. Eine solche Anlage kann dazu beitragen jährlich über 13 kg CO₂ zu vermeiden und sie produziert Strom im Wert von über 4.600,- Euro pro Jahr. Sie amortisiert sich bereits nach 8 Jahren.

Diese Taler legen wir gerne in die Habenseite der Waagschale und tragen so zum Klima- und Umweltschutz bei.

Apropos Umweltschutz - **statt dem „Hambacher Forst“ haben wir die „Zerstörung von Landschaftsschutzgebieten“** in Pulheim durch Neubaugebiete. Statt **„Grün mehr Beton“** und die Gefährdung von vielen Pflanzen- und Tierarten durch die Zerstörung ihres Lebensraums. Und dass, liebe Anwesende, obwohl hier in Pulheim die Grünen mit in der Regierungskoalition sind.

Glyphosatverbot auf städtischen Flächen? Nicht mit den Grünen! Da muss man erst prüfen und immer wieder verschieben.... Widerspricht dem ureigenen grünen Interesse, aber Regierung und Macht sind dann eben doch wichtiger als die Natur. Immerhin hat man so einen Dezernentenposten bekommen.

„Tote Bienen machen keine gute Miene zu solch einem bösen Spiel!“ Nein, sie legen wir traurig in die schwarz-grüne Waagschale.

Da summen die Bienen doch eher vergnügt auf den Wildblumen und Wildkräutern herum, die aufgrund unseres Antrags schon an einigen Stellen in Pulheim wachsen. Und Pulheim kann demnächst aufblühen, da unserem entsprechenden Haushaltsantrag zugestimmt wurde. Ein schwarz-grüner Hoffnungsschimmer am Horizont... Lassen sie ihn uns in die positive Waagschale legen.

Nebenbei bemerkt:

Unbeschwert in den Horizont blicken, können die Geyener Bürgerinnen und Bürger ebenfalls nicht mehr. **Statt Schäfchenwolken: Monstermasten!** Statt Naherholung am Pulheimer Bach, stehen ihnen die Haare zu Berge. Gesundheitsgefährdende Wechselwirkungen durch die Hybridleitung „Ultranet“ können künftig nicht ausgeschlossen werden.

Obwohl alle Fraktionen betonen, dass man die Bürgerinitiative unterstützen will, zeigt die Praxis, dass dies bisher nur ein Lippenbekenntnis ist. Jedenfalls wurden die Anträge von der PBU und des Bürgervereins mit Bitte um zweckgebundene finanzielle Unterstützung mit den Stimmen von CDU/Grünen und FDP mit dem Hinweis abgelehnt, dass man keinen Präzedenzfall schaffen wolle. **Meine Damen und Herren, ziehen Sie doch keinen Präzedenzfall heran, den es gar nicht gibt!** Ihre Kollegen in Hürth trauen sich da mehr zu!

Auch unser Vorschlag eine gemeinsame Resolution in der heutigen Ratssitzung zu verabschieden, wurde nicht einmal mit einer offiziellen Antwort gewürdigt. Wir sind allerdings zuversichtlich, dass nun der Bürgermeister wie versprochen die Sache in die Hand nimmt und Anfang des Jahres sowohl mit der Initiative als auch den Fraktionen das weitere hoffentlich dann gemeinsame Vorgehen abstimmen wird.

Wobei, der PBU hätte man doch eigentlich „locker“ eine Unterstützung geben können, die hat doch gar kein Köln im Namen. Mit dieser Argumentation wollte die Verwaltung nämlich ursprünglich der Kammeroper Köln im Walzwerk Pulheim keinen Zuschuss geben. Sie solle sich doch bitteschön in Kammeroper Pulheim umbenennen und alles ist gut.

So war das schwarz-grüne Mehrheitsbündnis auch nur bereit einen Zuschuss in Höhe von € 1000 zu gewähren, statt der erbetenen € 5000, die bitter nötig sind. Liebe Verwaltung, warum das Konkurrenzdenken zu Veranstaltungen im Köstersaal? Andere Kommunen wären stolz auf eine Kammeroper, die zudem auf vielfältige Weise soziales Engagement zeigt und in zahlreichen Projekten Kindern und Jugendlichen Musik und Kultur näherbringt. Das ist in Goldtalern doch eigentlich gar nicht aufzuwiegen, oder?

Nochmal zurück nach Geyen. Hier wurde in den vergangenen 2 Jahren der Verkehr für mehr als ein Jahr lahmgelegt und immer noch gibt es massive Verkehrsbehinderungen. Ein besseres aber teureres Verkehrskonzept war für den privaten Investor, der dort ein Mehrfamilienhaus baute, angeblich wirtschaftlich nicht darstellbar. Den volkswirtschaftlichen Schaden für die anderen Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger hat man hier nicht abgewogen bzw. getrost ignoriert. Aus der Straßensperrung für 6 Monate wurde eine von über einem Jahr.

Das lässt für den Umbau der Rathauskreuzung im nächsten Jahr nichts Gutes erahnen.

Quo vadis ist Latein und bedeutet „Wohin gehst du?“. Und Gehen scheint während des geplanten Umbaus der Rathauskreuzung die bevorzugte Fortbewegungsart zu sein. Erneut haben vor allem die Pulheimer Rad- und Autofahrer mit massiven Einschränkungen zu rechnen. Die Rathauskreuzung hingegen war vorher überlastet und ist auch nachher immer noch hoffnungslos überlastet.

Die halbe Stadt wird abgeschnitten, Umleitungsstrecken werden geplant, die zum Teil abenteuerlich anmuten und das alles für die gleiche Verkehrsqualität – sofern man davon überhaupt sprechen kann – wie wir sie heute schon kennen. Anstatt sinnvolle Alternativen wie eine weitere Bahnquerung, oder die Anbindung an die B 59 zeitnah zu planen und vor einem Umbau umzusetzen, macht man wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten.

Wir sind gespannt, ob die Verwaltung den geplanten Anfangstermin am Aschermittwoch halten kann, damit die Baumaßnahme nach den Sommerferien beendet ist, und ob die geplanten 6 Monate Bauzeit wenigstens diesmal eingehalten werden.

Für uns ist diese Maßnahme aktuell nicht die 2,6 Millionen Taler wert, die dafür fließen müssen.

Lenken wir unseren Blick doch einmal exemplarisch nach Brauweiler im Hinblick auf die vielzitierte Bürgernähe und Transparenz.

Die Abteipassage soll abgerissen und einem Mega-Supermarkt mit einer Verkaufsfläche von 1800 m² weichen. Die Verwaltung plante mit dem Investor munter drauf los, ohne auch nur einmal darüber nachzudenken, die Fraktionen oder die Bevölkerung im Vorfeld mit ins Boot zu holen. Und dass, obwohl es einen Beschluss aus dem Jahr 2015 gibt, welcher auf Initiative des BVPs kurz vor der Bürgermeisterwahl gefasst wurde. Hieß es dort nicht, dass sich alle Fraktionen und der Bürgermeister dafür aussprechen, dass die Verwaltung **gemeinsam** mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den ansässigen Geschäftsleuten einen Zukunftsplan für Brauweiler erstellt, also ein Gesamtkonzept?

Davon will man zumindest bei diesem Bauvorhaben nichts mehr wissen, denn der Beschluss war ja gar kein Beschluss, so verlautet es nun aus der Verwaltung. Und die übrigen Fraktionen scheinen ihr Versprechen an die Brauweiler Bürgerschaft nicht mehr halten zu wollen. Einmütig haben sie in der vergangenen Woche die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 141 „Brauweiler Abteiquartier“ beschlossen.

Sich dann im Nachhinein werbeträchtig Sorgen um die 17 Einzelhändler zu machen, die die Abteipassage verlassen müssen und um ihre Existenz bangen und den zunehmenden Verkehr und die damit einhergehenden Immissionen zu kritisieren, ist einfach nur scheinheilig und wird hoffentlich von der Bürgerschaft durchschaut.

Viele laut eigener Aussage so „bürgernahe“ etablierte Parteien scheinen nur darauf zu warten, den Bürgerinnen und Bürgern vorzugaukeln, welcher engagierten Einsatz sie doch für diese bringen.

Wir hätten uns gewünscht, dass sich alle an ihr Versprechen halten und die Brauweiler mitentscheiden lassen, ob sie sich den Abriss der Abteipassage und den Bau eines Megasupermarktes wünschen, oder den Erhalt und die Sanierung ihrer Abteipassage mit den lieb gewonnenen Einzelhändlern bevorzugen.

Selbstkritik oder Einsicht? Fehlanzeige! Mündige Bürger, die den Diskurs suchen und kompetente sowie sachbezogene Argumente einbringen, sind manchen Politikern unbequem und irgendwie wohl auch unheimlich. Wer weiß, vielleicht muss erst wieder ein Bürgerbegehren wie schon bei Gesamtschule und Friedhofskonzept dafür sorgen, dass in Pulheim und Brauweiler das passiert, was die Bürger wirklich wollen und nicht das, was für einen Investor gerade passend ist.

Denn, wie sehr sich die Stadt von Investoren knebeln lässt, zeigt sich denkwürdig an dem geplanten Wegfall der Fußgängerampel an der Ehrenfriedstraße in Höhe der Prälatur.

“...Es würde einen Rückschritt und eine Abweichung von kaufvertraglichen Vereinbarungen bedeuten, wenn entgegen der im Laufe der vergangenen Jahre abgestimmten Planung die Umsetzung einer Signalanlage befürwortet und somit die Geschwindigkeitsreduzierung, das Einrücken der Poller sowie der Berliner Kissen etc. hinfällig werden...“, hieß es im Schreiben der Gold Krämer Stiftung. So war es auch offenkundig, dass das schwarz-grüne Mehrheitsbündnis gegen unseren Antrag gestimmt hat, dass die Ampelanlage erhalten bleibt und ggf. ein Stück weiter in Richtung Bushaltestellen (nördliche Richtung) versetzt wird, um so die Platzgestaltung nicht zu beeinträchtigen, die Sicherheit für Passanten aber weiter zu gewähren. Diese Logik erschließt sich uns nicht, denn wenn auf der einen Seite bei der Rathauskreuzung gerade und ausschließlich der Sicherheitsaspekt im Vordergrund steht, wie kann er dann an anderer Stelle so sträflich vernachlässigt werden?

Auch in der Mühlenstraße in Brauweiler plant ein Investor „Großes“, genauer gesagt Geschosswohnungsbau und Einfamilien- sowie Doppelhäuser. Hört sich gut an! Was aber viele nicht wissen; der Baugrund ist ein ehemaliges Gewerbegrundstück mit „**Bodenschätzen**“, die es in sich haben.

Bereits 2010 ist ein Bodengutachten erstellt worden, in dem deutlich wird, dass die Konzentration von Metallen wie Blei, Kupfer und Nickel, sowie Cyanid (bekannt mit Wasser als Blausäure) stark erhöht ist.

Hinweis: Die Errichtung einer Wohnbebauung auf dem untersuchten Gelände ist **nicht** ohne Bodenaustausch möglich.

Und auch ein neueres Gutachten spricht von Proben, die die zulässigen Zuordnungswerte von Blei, Sulfat und anderen Schadstoffen deutlich überschreiten. Die ursprünglich geplante Tiefgarage, die eine umweltverträgliche Wohnbebauung ermöglichen sollte, wurde daher verworfen. Dies sei „**unwirtschaftlich**“ und könne dem Investor nicht zugemutet werden! – denn er müsste dann das kontaminierte Erdreich abtragen und entsorgen. Also baut man lieber direkt auf diesem Boden.

Augen zu und durch! Alle anderen politischen Vertreter bis auf die FDP stimmten dieser Vorgehensweise zu, wir vom BVP haben arge Bauchschmerzen und können da nur unsere Stimme zu einem vehementem „**Nein!**“ erheben, denn die Vorstellung das dort junge Familien mit Kindern gesund leben können, fällt uns schwer. Die Zeche zahlen unsere Neubürger in einigen Jahren, wenn der Grundwasserspiegel durch die Einstellung des Braunkohleabbaus steigt. Goldtaler werden diese Kinder auf jeden Fall nicht finden, wenn sie im Garten graben und Gemüse sollten sie besser auch nicht anpflanzen.

Kommen wir nun zu unseren Kindertagesstätten und Schulen. Endlich soll das getan werden, was die Oppositionsfractionen schon seit Jahren fordern und CDU und Grüne versucht haben, gekonnt auszusitzen. **Es wird finanziert! – Das ist aber auch höchste Zeit!**

Nicht mehr zu öffnende Fenster, schlechte Akustik und wackelnde Tische und Stühle sind sicher nur die Spitze des Eisbergs. Wir hätten uns all diese Investitionen schon viel früher gewünscht. Die Hilfeschreie aus den Schulen wurden immer lauter.

Die Hinhaltspolitik der letzten Jahre war fast nicht mehr auszuhalten, gerade für die weiterführenden Schulen. Zuerst das Warten auf die Machbarkeitsstudien, dann die Feststellung, dass man das Geld für die Umsetzbarkeit nicht hat – obwohl mit den aktuellen Zahlen der Haushaltsjahre 2017 und 2018 durchaus einiges zu realisieren gewesen wäre.

Zunächst konnten keine Investitionen getätigt werden, weil man nicht wusste, wie man nun mit der Machbarkeitsstudie umgehen soll.

Aus dem Arbeitskreis Machbarkeitsstudie sind sowohl die SPD als auch wir vom BVP im vergangenen Jahr ausgestiegen, weil wir den Eindruck hatten, dass auch dieser nur dem Alibi, dass etwas getan wird, dienen sollte. Flugs mussten mögliche Kooperationsverhandlungen mit der Stadt Köln abgewartet werden. Diese sind, so wie es dem Stadtanzeiger zu entnehmen war, gescheitert. Eine offizielle Stellungnahme des Dezernats steht aus, wie so vieles wird auch dies auf die lange Bank geschoben. Sowohl der Schulentwicklungsplan als auch die Schulbaurichtlinie, wobei wir uns bei letzterer nun wirklich nach der Sinnhaftigkeit fragen, für die weiterführenden Schulen fehlen immer noch – auch hiermit werden gerne mangelnde Investitionen begründet.

Meine Damen und Herren, es gibt keine dringenden Angelegenheiten, die durch konsequentes Liegenlassen, nicht noch dringender würden!

Immerhin gibt es einen Modulbau am Schulzentrum Brauweiler, was aber nur der Not geschuldet ist, dass die Gesamtschule sonst keine Räume für die Oberstufe hat. Positiv in die Waagschale legen wir, dass der Rat unserem Antrag zugestimmt hat, den Schulhof des Schulzentrums Brauweiler nach Fertigstellung der Modulbauten wieder zu ertüchtigen. Das hätte die Verwaltung beinahe übersehen. Hierfür ist eine halbe Million Euro vorgesehen.

Wenn ich das alles betrachte, frage ich mich wirklich, warum wir dem Haushalt überhaupt zustimmen sollen. Er setzt an vielen Stellen immer noch die falschen Zeichen und es mangelt allzu oft an Bürgernähe und Transparenz.

Nun, wenn wir von den anderen Ehrlichkeit und Transparenz einfordern, so wollen wir mit gutem Beispiel voran gehen. Ja wir werden dem Haushalt zustimmen, aber wir werden Ihnen auch an dieser Stelle den Grund benennen.

Im Jahr 2020 werden Planungskosten von 1 Million Euro für die Erweiterung des Schulzentrums Pulheim zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus sollen ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2023 jeweils 5 Millionen zur Umsetzung der Maßnahmen bereitgestellt werden. Der Rat der Stadt Pulheim beschließt aber aktuell nur über den Doppelhaushalt 2019/2020.

Dies bedeutet, dass es derzeit keine verbindliche Verpflichtung gibt, die Gelder ab 2021 tatsächlich in das Schulzentrum zu investieren. Das Risiko war uns zu groß. Durch die Verpflichtungsermächtigung, welche wir für diese 15 Millionen beantragt haben und welche unter der Prämisse, dass wir dem Haushalt zustimmen, auch von dem Mehrheitsbündnis mitgetragen wird, ermöglicht der Rat der Verwaltung die Kommune auch für die künftigen Haushaltsjahre (2021-2023) zu binden.

Wir halten diese Verpflichtungsermächtigung an dieser Stelle für dringend notwendig, um so dem Schulzentrum die erforderliche Sicherheit zu geben, dass das lange Warten in absehbarer Zeit ein Ende hat und endlich in gute Bildung investiert wird.

Dieser Silberstreif am Horizont ist es uns schlussendlich wert, dem Haushalt zuzustimmen, auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass die Waagschale positiver in Richtung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ausschlägt.

Bei den Mitarbeitern der Verwaltung möchten wir uns an dieser Stelle für die meist gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren herzlich bedanken.

Im Namen des Bürgervereins wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein friedvolles und gesundes Neues Jahr.

Und zum Schluss gibt's wie versprochen Taler für alle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!